

Niederschrift Nr. 2
über die öffentliche Sitzung des Hauptausschusses der Stadtvertretung Schwentinental
am
Donnerstag, dem 18.09.2008 im Rathaus, Großer Bürgersaal

Beginn: 19:00 Uhr
Ende: 22:40 Uhr

Herr Sindt eröffnet die Sitzung des Hauptausschusses und stellt fest, dass die Einladung vom 09./10.09.2008 form- und fristgerecht zugegangen ist.

Anwesend sind:

1. Herr Volker Sindt (Vorsitzender)
2. Herr Uwe Bartscher
3. Herr Gerd Dieckmann
4. Herr Rüdiger Eschmann
5. Frau Angelika Lange-Hitzbleck
6. Frau Bürgermeisterin Susanne Leyk (ohne Stimmrecht)
7. Herr Peter Köhler für Herrn Bernd Petersen
8. Frau Kirsten Reese
9. Herr Dr. Norbert Scholtis
10. Frau Monika Vogt

Entschuldigt fehlte: Herr Bernd Petersen

Nicht dem Hauptausschuss angehörende Anwesende:

1. Herr Wilhelm Kirschstein (Stadtvertreter)
2. Herr Herbert Pöpelt (Stadtvertreter)
3. Herr Holger Staade (Stadtvertreter bis TOP 18)
4. Herr Herbert Steenbock (Stadtvertreter)
5. Herr Hans-Joachim Voigt (Stadtvertreter)
6. Herr Gerald Menz
7. Herr Jens Becker (Protokollführer)

Herr Sindt stellt fest, dass zu Beginn der Sitzung 9 Ausschussmitglieder anwesend sind. Damit ist der Ausschuss beschlussfähig.

Der Vorsitzende schlägt vor, die mit Schreiben vom 10.09.2008 übersandte ergänzte Tagesordnung wie folgt zu verändern:

- Ø Absetzung von TOP 15 – Zuschussanträge des TSV Klausdorf
- Ø Erweiterung der Tagesordnung um den TOP „Bildung eines Seniorenbeirates“ als neuer TOP 15
- Ø Absetzung von TOP 17 – Sanierung der kleinen Schwentinehalle im OT Klausdorf
- Ø Absetzung von TOP 23 – Grundstücksangelegenheiten
- Ø Änderung der Bezeichnung von TOP 24 in „Personalangelegenheit“

Der Hauptausschuss greift die Änderungsvorschläge des Vorsitzenden auf und setzt die Tagesordnung wie folgt fest:

Öffentlicher Teil:

1. Niederschrift über die Sitzung vom 14.07.2008
2. 1. Nachtragshaushalt für das Haushaltsjahr 2008 (032/2008)
3. Berichtswesen (043/2008)
4. Geschäftsordnung
5. Mitgliedschaft Städtetag / SHGT (044/2008)
6. Raumplanung (040/2008)
7. Landesentwicklungsplan;
hier: Stellungnahme zum Entwurf
8. Aufstellung eines Einzelhandelskonzeptes für den Ostseepark und Aufstellung des B-Planes Nr. 57 für das Gebiet "Mergenthalerstraße / Gutenbergstraße" als Umsetzungsmaßnahme einschließlich Plansicherheit;
hier: a) Aufstellungsbeschluss (031/2008)
b) Erweiterung des Geltungsbereiches (038/2008)
9. Straßen- und Wegebenennung/ Widmung;
hier: Wanderweg Schreiberkoppel (029/2008)
10. Beschaffung eines LF 10-6 für die Freiwillige Feuerwehr Ortsteil Klausdorf (001/2008)
11. 6. Satzung zur Änderung der Satzung über die Straßenreinigung im Ortsteil Raisdorf (012/2008)
12. Richtlinien für die Verleihung des Bürgerpreises (007/2008)
13. Zukünftige Regelung bei der Vergabe städtischer Wohnungen (030/2008)
14. Künftige Handhabung bei Gewährung von Zuschüssen an Vereine (006/2008)
15. Bildung eines Seniorenbeirates
16. Einheitliche Richtlinien für die Ehrung erfolgreicher Sportler (014/2008)
17. Jahresabschluss der Gemeindebetriebe Raisdorf GmbH; (037/2008)
hier: a) Feststellung des Jahresabschlusses
b) Gewinnverwendung
c) Entlastung der Geschäftsführung
d) Entlastung des Aufsichtsrates
18. Mitteilungen und Anfragen

Nichtöffentlicher Teil:

19. Gesellschaftsvertrag der Gemeindebetriebe Raisdorf GmbH
20. Neustrukturierung der Verwaltung (005/2008)
21. Grundzüge der Stadtentwicklung;
hier: Auftrag für die entwicklungsplanerische Beratung
22. Personalangelegenheiten
23. Stundung, Niederschlagung und Erlass (010/2008, 011/2008)
24. Mitteilungen und Anfragen

Abstimmungsergebnis: 9 Ja-Stimmen (einstimmig)

TOP 1: Niederschrift über die Sitzung des Hauptausschusses am 14.07.2008

Die Mitglieder des Hauptausschusses nehmen von der Niederschrift über die Sitzung am 14.07.2008 ohne Aussprache mit 9 Ja-Stimmen zustimmend Kenntnis.

TOP 2: 1. Nachtragshaushalt für das Jahr 2008

Der Vorsitzende erläutert die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Wirtschaft und Finanzen.

Der Hauptausschuss stellt sodann fest, dass kein Koordinierungsbedarf besteht. Der TOP wird ohne Beschlussfassung verlassen.

TOP 3: Berichtswesen

Der Vorsitzende führt in den Beratungsgegenstand ein und erläutert den vorliegenden Beschlussvorschlag zur Einführung des Berichtswesens.

Die Mitglieder des Hauptausschusses erörtern die Beschlussempfehlung eingehend. Im Verlauf der Aussprache werden mehrere Änderungsvorschläge eingebracht. Weiterhin wird darüber Einvernehmen erzielt, dass über die Berichtsgegenstände möglichst in Tabellenform berichtet werden soll. Änderungen oder Ergänzungen der jetzt zu beschließenden Vorgaben für das Berichtswesen sollen erneut auf den Prüfstand gestellt werden, wenn praktische Erfahrungen in der Anwendung hierzu Veranlassung geben sollten.

Die Beratungen münden in folgenden **Beschluss** als Empfehlungsbeschluss für die Stadtvertretung ein:

Dem Hauptausschuss ist jeweils mit dem Stichtag 30.06. und 31.12. ein Verwaltungsbericht mit folgenden Berichtsgegenständen vorzulegen:

- a) Entwicklung und Umsetzung des Haushaltsplanes einschließlich der Entwicklung des Steueraufkommens und sonstiger wichtiger Einnahmen
- b) Entwicklung der Einwohnerdaten (Einwohner, Geburten, Eheschließungen, Sterbefälle)
- c) Entwicklung der Bautätigkeit (Erstellung von Wohnraum und Gewerberaum bzw. Gewerbeflächen)
- d) Entwicklung der Bauleitplanung
- e) Fortgang der Stadtentwicklung
- f) Situation der Kinder, Jugendlichen und Senioren
- g) Entwicklung der städtischen Bau- und Beschaffungsvorhaben
- h) Umsetzung der Beschlüsse der Stadtvertretung und ggf. der Fachausschüsse, soweit Probleme auftreten
- i) Entwicklung der GBR / städtische Beteiligungen
- j) Besondere Vorkommnisse

Von dem Berichtswesen unberührt bleibt die zeitnahe Unterrichtung der Stadtvertretung seitens der Verwaltung über wichtige Angelegenheiten nach § 27 Abs. 2 GO.

Abstimmungsergebnis: 9 Ja-Stimmen

TOP 4: Geschäftsordnung für die Stadtvertretung der Stadt Schwentimental

Der Vorsitzende stellt dar, dass der vorliegende Entwurf der Geschäftsordnung für die Stadtvertretung der Stadt Schwentimental von einer Arbeitsgruppe entwickelt worden sei, der

Frau Lange-Hitzbleck als Bürgervorsteherin, die Fraktionsvorsitzenden und die fraktionslosen Mitglieder der Stadtvertretung angehört hätten.

Frau Bürgermeisterin Leyk nimmt sodann zum Entwurf der Geschäftsordnung Stellung. Im Wesentlichen trägt sie vor, dass

- Ø § 1 Abs. 2 des Entwurfes kein Weisungsrecht der Bürgervorsteherin gegenüber Mitarbeitern der Stadtverwaltung beinhalten könne,
- Ø in § 5 Abs. 4 das Wort „Zusendung“ zu streichen wäre, da Sitzungsniederschriften nicht zugesandt, sondern in die Fächer verteilt würden und
- Ø § 8 insgesamt problematisch erscheine; einerseits lasse sich nicht bestimmen, dass es zu jedem TOP eine Beratungsunterlage geben müsse, andererseits stelle sich die Frage, ob es zweckmäßig sei, durch Fristen Tischvorlagen auszuschließen und schließlich fehle es derzeit noch an den technischen Voraussetzungen, um Beratungsunterlagen über Internet zur Verfügung stellen zu können.

Die Mitglieder des Hauptausschusses erörtern die Ausführungen von Frau Leyk eingehend. Dabei wird die Auffassung vertreten, dass die Regelungen über die Bereitstellung von Vorlagen im Internet als anzustrebender Weg für eine künftige Kommunikation zwischen der Stadtverwaltung und den Gremienmitgliedern gedacht und zu verstehen sei. Die Umsetzung dieser Regelung stehe natürlich unter dem Vorbehalt der technischen Machbarkeit. Unter Hinweis auf diesen Vorbehalt solle an der vorgesehenen Geschäftsordnungsregelung festgehalten werden.

Die Beratungen über den Gesamtentwurf der Geschäftsordnung unter Berücksichtigung der Ausführungen der Bürgermeisterin münden in folgenden **Beschluss** als Empfehlungsbeschluss für die Stadtvertretung ein:

Dem Entwurf der Geschäftsordnung für die Stadtvertretung der Stadt Schwentinental (Anlage 1) wird mit folgenden Änderungen zugestimmt:

- Ø In der Präambel ist das Datum der Beschlussfassung zu korrigieren
- Ø § 1 Abs. 2 wird ersatzlos gestrichen
- Ø § 2 Abs. 1: In Satz 1 werden die Worte „der fraktionslosen Stadtvertreter“ durch die Worte „den fraktionslosen Mitgliedern der Stadtvertretung“ ersetzt.
- Ø In § 5 Abs. 4: In Satz 2 werden die Worte „Zusendung der“ gestrichen.
- Ø § 8 Satz 1 erhält folgende Fassung: „Bei Tagesordnungspunkten, zu denen eine schriftliche Vorlage vorliegt, soll diese den Mitgliedern der Stadtvertretung vor der Sitzung, und zwar in der Regel mit der Sitzungseinladung, anderenfalls spätestens 3 Arbeitstage vor dem Sitzungstermin zugehen“.
- Ø § 11 Abs. 4: Das Wort „gemeindlichen“ wird durch das Wort „städtischen“ ersetzt.
- Ø § 20 Satz 2 wird gestrichen.

Abstimmungsergebnis: 8 Ja-Stimmen, 1 Enthaltung

TOP 5: Mitgliedschaft Städtetag / SGHT

Frau Bürgermeisterin Leyk erläutert die Vorlage, mit der eine befristete Doppelmitgliedschaft der Stadt Schwentinental im Städtebund mit reduziertem Beitragssatz und im Schleswig-Holsteinischen Gemeindetag (SHGT) vorgeschlagen wird. Zu erkennen sei, dass beide Verbände unterschiedliche Aufgabenschwerpunkte hätten. Der Bedarf der Stadt Schwentinental an Interessenvertretung und Unterstützung lasse sich jedoch nicht einem dieser Schwerpunkte vollständig zuordnen. Vielmehr deckten erst die Leistungsangebote beider Verbände in der Zusammenschau den Bedarf der Stadt. Die Befristung der Mitgliedschaft im Städtetag lasse es

zu, mit einer Doppelmitgliedschaft Erfahrungen zu sammeln und dann zu entscheiden, bei welchen Mitgliedschaften es dauerhaft bleiben solle.

Die Mitglieder des Hauptausschusses treten der Auffassung von Frau Leyk mit dem Hinweis bei, dass sich Schwentinental als städtischer Mittelpunkt eines ländlich geprägten Raumes verstehe. Die Mitgliedschaft in beiden Verbänden mache vor diesem Hintergrund Sinn. Bei Ablauf der Frist in zwei Jahren werde in einer Gegenüberstellung von Kosten und Nutzen zu prüfen sein, welche Mitgliedschaften sich als vorteilhaft erwiesen hätten.

Der Hauptausschuss fasst als Empfehlungsbeschluss für die Stadtvertretung folgenden

Beschluss:

Die Doppelmitgliedschaft der Stadt Schwentinental im Städtebund und im Schleswig-Holsteinischen Gemeindetag wird beantragt. Die Haushaltsmittel werden im Rahmen der Haushaltsberatungen 2009 zur Verfügung gestellt.

Abstimmungsergebnis: 9 Ja-Stimmen (einstimmig)

TOP 6: Raumplanung

Die Bürgermeisterin führt auf der Grundlage der vorliegenden Sachstandsmitteilung Nr. 40/2008 in den Beratungsgegenstand ein. Sie betont, dass die Umsetzung der für die neue Stadtverwaltung erarbeiteten Organisation die Konzentration der Verwaltung auf einen Standort erfordere (Ausnahmen: Bürgerbüro Klausdorf und Außenstelle Selent). Das Rathaus am Theodor-Storm-Platz biete die Voraussetzungen, um die Verwaltung übergangsweise an diesem Standort zusammenfassen zu können. Dies sei auch kurzfristig vorgesehen. Allerdings handele es sich um ein Provisorium, das nur Zeit verschaffe, um eine endgültige Lösung überlegen und umsetzen zu können. Als Alternativen für eine endgültige Lösung kämen in Betracht:

- Ø Nutzung der GBR-Räume Theodor-Storm-Platz, wenn sie frei werden
- Ø Anbau an das Rathaus Theodor-Storm-Platz
- Ø Neubau eines Rathauses an zentraler Stelle
- Ø Ankauf eines Gebäudes

Diese Varianten würden von der Verwaltung derzeit geprüft. Nach Abschluss der Prüfung sei eine zeitnahe Entscheidung erforderlich.

Die Mitglieder des Hauptausschusses nehmen von den Erläuterungen im Rahmen einer kurzen Aussprache Kenntnis. Die Angelegenheit wird dabei als besonders wichtig eingestuft. Es besteht Einvernehmen, die Beratungen über eine endgültige Rathauslösung nach Vorlage der Ergebnisse aus der laufenden Prüfung der dargestellten Varianten aufzunehmen. Eine Behandlung der Angelegenheit durch die Stadtvertretung erscheint aus der Sicht des Hauptausschusses beim derzeitigen Stand der Prüfungen noch nicht erforderlich.

Der TOP wird ohne Beschlussfassung verlassen.

**TOP 7: Landesentwicklungsplan;
hier: Stellungnahme zum Entwurf**

Der Vorsitzende erläutert den Stand der Willensbildung in den Fachausschüssen.

Der Hauptausschuss stellt fest, dass kein Koordinierungsbedarf besteht. Der TOP wird ohne Beschlussfassung verlassen.

**TOP 8: Aufstellung eines Einzelhandelskonzeptes für den Ostseepark und Aufstellung des B-Planes Nr. 57 für das Gebiet „Mergenthalerstraße/Gutenbergstraße“ als Umsetzungsmaßnahme einschließlich Plansicherungsinstrumente;
hier: Aufstellungsbeschluss**

Der Vorsitzende erläutert den Stand der Willensbildung in den Fachausschüssen.

Der Hauptausschuss stellt fest, dass kein Koordinierungsbedarf besteht. Der TOP wird ohne Beschlussfassung verlassen.

**TOP 9: Straßen- und Wegebenennung / Widmung;
hier: Wanderweg Schreiberkoppel**

Der Vorsitzende erläutert die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Umwelt, Verkehr und öffentliche Sicherheit.

Der Hauptausschuss stellt sodann fest, dass kein Koordinierungsbedarf besteht. Der TOP wird ohne Beschlussfassung verlassen.

TOP 10: Beschaffung eines LF 10/6 für die Freiwillige Feuerwehr OT Klausdorf

Der Vorsitzende erläutert die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Umwelt, Verkehr und öffentliche Sicherheit.

Der Hauptausschuss stellt sodann fest, dass kein Koordinierungsbedarf besteht. Der TOP wird ohne Beschlussfassung verlassen.

TOP 11: 6. Satzung zur Änderung der Satzung über die Straßenreinigung im OT Raisdorf

Der Vorsitzende erläutert den Stand der Willensbildung in den Fachausschüssen.

Der Hauptausschuss stellt fest, dass kein Koordinierungsbedarf besteht. Der TOP wird ohne Beschlussfassung verlassen.

TOP 12: Richtlinien für die Verleihung des Bürgerpreises

Der Vorsitzende erläutert die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Schule, Kultur, Paten- und Partnerschaften.

Der Hauptausschuss stellt sodann fest, dass kein Koordinierungsbedarf besteht. Der TOP wird ohne Beschlussfassung verlassen.

TOP 13: Zukünftige Regelung bei der Vergabe städtischer Wohnungen

Der Vorsitzende stellt dar, dass der Ausschuss für Jugend, Sport und Soziales sich dafür ausgesprochen habe, einen Wohnungsvergabeausschuss einzurichten. Demgegenüber handele es sich nach Auffassung der Bürgermeisterin bei Wohnungsvergaben um ein Geschäft der laufenden Verwaltung, welches in ihrer alleinigen Zuständigkeit liege.

Die Mitglieder des Hauptausschusses vertreten zur Frage der Recht- und Zweckmäßigkeit eines Wohnungsvergabeausschusses in der Aussprache unterschiedliche Auffassungen:

Gestützt auf die bei der ehemaligen Gemeinde Raisdorf gesammelten Erfahrungen mit Wohnungsvergabeentscheidungen in der Hand eines Ausschusses setzen sich mehrere Ausschussmitglieder für die Übertragung dieser Handhabung auch auf die Stadt Schwentental

ein. Nach anderer Auffassung spricht ein vermeidbarer Verwaltungsmehraufwand gegen diese Handhabung.

Der Hauptausschuss neigt in der Aussprache weiterhin der Auffassung zu, dass Wohnungsvergabeentscheidungen jedenfalls auf der Grundlage der derzeitigen Hauptsatzungsbestimmungen rechtlich als Geschäft der laufenden Verwaltung in der Organzuständigkeit der Bürgermeisterin einzustufen sein könnten. Dies würde die Umsetzbarkeit der Fachausschussempfehlung rechtlich in Frage stellen, hindere jedoch nicht daran, einen Vergabebeirat zur Beratung der Bürgermeisterin bzw. ihrer Verwaltung bei Wohnungsvergabeentscheidungen einzurichten. Denkbar erscheine auch eine Hauptsatzungsänderung.

Im Verlauf der eingehenden Aussprache können die unterschiedlichen Standpunkte zur Zweckmäßigkeit eines Wohnungsvergabeausschusses nicht überbrückt werden.

Der Vorsitzende stellt am Ende der Aussprache fest, dass der Beschlussempfehlung des Fachausschusses zur Einrichtung eines Wohnungsvergabeausschusses keine gegenläufigen Anträge oder Beschlüsse gegenüber stünden, so dass keine Notwendigkeit einer Koordinierung durch den Hauptausschuss bestehe.

Die Hauptausschussmitglieder empfehlen den Fraktionen, die sich politisch für eine Mitwirkung des Ehrenamtes an Wohnungsvergabeentscheidungen einsetzten, zur Sitzung der Stadtvertretung einen Antrag unter Berücksichtigung der in der heutigen Sitzung entwickelten Rechtsauffassungen einzubringen.

Der TOP wird ohne Beschlussfassung verlassen.

TOP 14: Künftige Handhabe bei der Gewährung von Zuschüssen an Vereine

Herr Menz erläutert die vorliegenden unterschiedlichen Beschlussempfehlungen der Fachausschüsse.

Der Hauptausschuss empfiehlt nach eingehender Aussprache der Stadtvertretung, folgenden **Beschluss** zu fassen:

1. Über die Gewährung von Zuschüssen jeglicher Art wird nach Einzelfall beraten und entschieden.
 2. Für Jugenderholungsmaßnahmen werden analog der Richtlinien des Kreises Plön 1,80 € pro Tag und Teilnehmer für Inlandsfahrten bzw. 3,-- € für Auslandsfahrten pro Tag und Teilnehmer gewährt.
 3. Für aktive Jugendliche in Sportvereinen wird auf Antrag ein jährlicher Pauschalbetrag in Höhe von 7,50 €/Mitglied gezahlt.
 4. Für Jugendgruppenleiter wird analog der Richtlinie des Kreises Plön auf Antrag ein jährlicher Pauschalbetrag in Höhe von 120,-- € gezahlt. Diese Regelung gilt nur, sofern der Verein, für den der Jugendgruppenleiter tätig ist, keine Zuschüsse für aktive Jugendliche erhält.
 5. Die Verwaltung wird gebeten, mit den Vereinen Kontakt aufzunehmen, welche in den vergangenen Jahren nennenswerten Zuschussbedarf angemeldet haben. Diese sollen gebeten werden, rechtzeitig deren Investitionsbedarf mitzuteilen, um ein Höchstmaß an Planungssicherheit für den städtischen Haushalt zu gewährleisten.
 6. Die vorgenannten Regelungen gelten ab dem 01.01.2009.
- Abstimmungsergebnis: 9 Ja-Stimmen (einstimmig)**

Exkurs: Der Hauptausschuss bittet die Verwaltung, zu Sitzungen der Stadtvertretung und zu Ausschusssitzungen, in denen Beschlussempfehlungen anderer Ausschüsse behandelt werden sollen, über die jeweilige Beschlusslage durch eine kurze Tischvorlage zu informieren.

TOP 15: Bildung eines Seniorenbeirates

Der Vorsitzende informiert über die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Jugend, Sport und Soziales.

Der Hauptausschuss stellt fest, dass kein Koordinierungsbedarf besteht. Der TOP wird ohne Beschlussfassung verlassen.

TOP 16: Einheitliche Richtlinien für die Ehrung erfolgreicher Sportler

Der Vorsitzende erläutert die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Jugend, Sport und Soziales.

Der Hauptausschuss stellt fest, dass kein Koordinierungsbedarf besteht. Der TOP wird ohne Beschlussfassung verlassen.

TOP 17: Jahresabschluss der Gemeindebetriebe Raisdorf GmbH;

hier: a) Feststellung des Jahresabschlusses

b) Gewinnverwendung

c) Entlastung der Geschäftsführung

d) Entlastung des Aufsichtsrates

Der Vorsitzende erläutert den Empfehlungsbeschluss des Ausschusses für Stadtentwicklung, Wirtschaft und Finanzen.

Der Hauptausschuss stellt fest, dass kein Koordinierungsbedarf besteht. Der TOP wird ohne Beschlussfassung verlassen.

TOP 18: Mitteilungen und Anfragen

TOP 18.1 Mitteilungen

Es liegen keine Mitteilungen vor.

TOP 18.2 Anfragen

Schmutzwasserabnahmevertrag mit der Landeshauptstadt Kiel

Herr Eschmann fragt nach dem Stand der Verhandlungen zum Abschluss eines neuen Schmutzwasserabnahmevertrages mit der Landeshauptstadt Kiel.

Zur Beantwortung der Frage ist es erforderlich, Kontakt zur Gemeinde Kronshagen aufzunehmen, die die Geschäftsführung der Arbeitsgemeinschaft der an das Klärwerk Bülk angeschlossenen Umlandgemeinden übernommen hat. Deshalb ist eine Beantwortung erst in der nächsten Sitzung möglich.

Der Vorsitzende schließt sodann den öffentlichen Sitzungsteil um 21:13 Uhr und unterbricht die Sitzung.

Herr Staade verlässt die Sitzung.

.....
Vorsitzender
Volker Sindt

.....
Protokollführer
Jens Becker